

Hans Kaminski und Katrin Eggert

Eine Frage des Anstands – politische Bildung konkret!?

Eine kurze Antwort des Instituts für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg zum Beitrag von Reinhold Hedtke: *Wirtschaft in die Schule? – Ökonomische Bildung als politisches Projekt*, in: *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. GWP*, Heft 4/2008 (vgl. auch den „Offenen Brief an Hedtke“ von Professor Krafft in diesem Heft).

Die Weiterentwicklung der ökonomischen Bildung in Deutschland ist in den letzten Jahren positiv verlaufen. Es wird nicht mehr darüber diskutiert, „ob“ ökonomische Bildung Teil der Allgemeinbildung ist, sondern „welche“ ökonomische Bildung erforderlich ist, „wie“ ökonomische Inhalte also in die Lehrpläne der Bundesländer Eingang finden und Lehrkräfte für diese Aufgabe in der Schule ausgebildet werden können.

So erfreulich vielfach Zwischenergebnisse sind: Man darf sich nicht täuschen lassen, wie weit die Etablierung im Schulsystem tatsächlich vorangeschritten ist. In wie vielen Bundesländern gibt es klar zugewiesene Stundenanteile für wirtschaftliche Inhalte? Welche Universitäten bilden auf der Basis von fest etablierten Studiengängen Lehrerinnen und Lehrer für ökonomische Bildung aus um den hohen Anteil fachfremden Unterrichts zu reduzieren? Wo findet man Forschungspotenzial und Nachwuchswissenschaftler für ökonomische Bildung, wie es für klassische Schulfächer an deutschen Universitäten seit Jahrzehnten möglich ist? Das Bild ist eher ernüchternd und die Botschaft lautet: Wir haben noch viel zu tun um wirtschaftliche Grundkenntnisse nachhaltig in der Schule zu verankern.

Parallel zur Aufwertung ökonomischer Bildung in der Gesellschaft hat es – naturgemäß – eine Reihe von Veröffentlichungen von Gegnern der ökonomischen Bildung gegeben, insbesondere von einigen Vertretern der politischen Bildung. Schon häufig wurde dabei die Ebene einer sachorientierten Auseinandersetzung mit Zielen und Konzepten der ökonomischen Bildung verlassen. Vielfach konnte man stattdessen Anfeindungen, Diffamierungen von Institutionen, Unternehmen oder Personen sowie

pauschale Ideologieverdachte – Stichworte sind hier die „Ökonomisierung der Bildung“ und die Einflussnahme durch die „böse Wirtschaft“ – ausmachen. Bis heute haben sich die betroffenen Institutionen dagegen nicht öffentlich verwahrt. Der aktuelle Beitrag von Reinhold Hedtke, Professor für Wirtschaftssoziologie in Bielefeld und – was auf den ersten Blick unglaublich scheint – Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Ökonomische Bildung, stellt jedoch eine neue Form der Denunziation der gesamten Bemühungen für mehr ökonomische Bildung dar, welche nicht unbeantwortet bleiben kann. Neu ist an diesem Beitrag auch, dass das gesamte Institut für Ökonomische Bildung in Oldenburg mit seinem Lehrpersonal und sämtlichen wissenschaftlichen und studentischen Mitarbeitern – und nicht nur die Autoren dieses Beitrags – in Misskredit gebracht werden sollen.

Der denkwürdige Beitrag (der auch im Internet nachzulesen ist: <http://www.gwp-pb.de/texte/hedtke-wirtschaft.html>) schlägt in der Auseinandersetzung um die besten Wege zur Institutionalisierung ökonomischer Bildung ein ganz neues und hässliches Kapitel auf. Die Beweggründe des Verfassers sind sicherlich vielfältig, hierüber gilt es jedoch nicht zu spekulieren. Im Folgenden fassen wir die zentralen Aussagen des Beitrags zusammen, Zitate des Autors sind hervorgehoben. Auf diese Weise fällt es dem Leser möglicherweise auch leichter, eine Einordnung des Beitrags von Krafft in diesem Heft vorzunehmen.

Hedtkes zentrale These lautet: „Ökonomische Bildung ist ein „dezidiert politisches Projekt“, eine konzertierte „strategisch durchgeplante Kampagne“, erfolgreich aufgrund der geballten „ökonomischen und politischen Macht sowie des direkten Zu-

gangs zur Politik“. Alle weiteren Aussagen sind im Lichte dieser Beurteilung zu sehen. Weitere Anmutungen Hedtkes lassen sich gerafft wie folgt darstellen.

Ökonomische Bildung ...

1. ... ist „unternehmernah, mainstreamfixiert“, sie fördert „ökonomischen Imperialismus und Denkverbote“ und will eindimensional „ökonomistisch-liberalistisches Denken in die Köpfe der Schülerinnen und Schüler tragen“.
2. ... steht „in scharfem Gegensatz zu den wissenschaftlich seriösen Konzepten der Wirtschaftsdidaktik“ und ist fachdidaktisch nicht solide begründet.
3. ... verfolgt eine „dominant volkswirtschaftliche Perspektive“.
4. ... begründet ein „Primat der Wirtschaft gegenüber der Politik“.
5. ... „ist schon in der Schule“, weitere Zeitanteile sind für andere Aufgaben besser zu verwenden.
6. ... interessiert sich nicht für die Lernenden und ihre Lebenswirklichkeit und verhindert, dass Lernende „Gesellschaft, Wirtschaft und Politik im Zusammenhang“ verstehen.

Der Verdacht liegt nahe, dass hier ein Popanz aufgebaut wird und Eingriffe in die sog. (inhaltliche) Autonomie der politischen Bildung moniert werden, um dann wohl umso einfacher die vermeintlich gesellschaftsunkritische, abrichtende Funktion der ökonomischen Bildung zu bemängeln und einen „ökonomischen Imperialismus“ beschwören zu können. Die Deutsche Gesellschaft für Ökonomische Bildung hat eine solche Position seit ihrem Bestehen nie inne gehabt (vgl. stellvertretend den von K.-P. Kruber herausgegebenen Sammelband „Konzeptionelle Ansätze ökonomischer Bildung“, Bergisch-Gladbach 1997). Staat, internationale Wirtschaftsbeziehungen usw. sind völlig unbestreitbare Themenbereiche der ökonomischen Bildung, und zwar seit Jahrzehnten. Worum geht es also? Einer der

Verfasser erinnert sich nur zu gut an eine Aussage eines maßgeblichen Vertreters der politischen Bildung beim 10. Werkstattgespräch zur Theorie und Praxis der politischen Bildung in Bonn 2006, das dem Verhältnis von Politik und Wirtschaft gewidmet war. Auf die Frage, ob die Tagung aus Sicht der Vertreter der politischen Bildung ein Versuch sei, nach didaktischen Konzepten zu suchen oder ob es sich um Interessenpolitik handele, kam eine ehrliche, wenngleich unerwartete Antwort: „Natürlich Interessenpolitik“.

Es kann daher nur dazu aufgerufen werden, die tatsächlichen Ziele des wissenschaftlichen Diskurses jeweils zu benennen, das Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Bildung seriös zu diskutieren und keine „didaktischen Schlammschlachten“ zu pflegen. Diese dienen nicht der gemeinsamen Aufgabe, Kinder und Jugendliche zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu machen, die ihre Position in Wirtschaft und Gesellschaft erkennen, sich mit ihr kritisch auseinandersetzen und die erforderliche Handlungskompetenz für die Bewältigung von gegenwärtigen und zukünftigen Lebenssituationen erwerben.

Die Verfasser können und wollen sich hier nicht weiter mit den wenig kenntnisreichen, fachlich vielfach falschen und populistisch formulierten Thesen Hedtkes auseinandersetzen, dafür wird es an anderer Stelle Raum und Gelegenheit geben. Wehren müssen wir uns an dieser Stelle jedoch gegen den Stil des Beitrags. In der Abhandlung werden das Institut für Ökonomische Bildung in Oldenburg und namentlich einer der Autoren an mehreren Stellen als entscheidende „Kampagneure“ benannt; die Bezeichnung „kampagnenfähige Steuerzentrale in Oldenburg“ krönt dabei die Angriffsserie. Weiterhin verwendet der Autor den Begriff der „Kampagne“ bzw. „Kampagneure“ exakt dreizehn Mal (!) auf wenigen Seiten.

Will sich der Verfasser mit dem Beitrag selbst an die Spitze einer Schmutzkampa-

gne gegen die ökonomischen Bildner setzen? Der Begriff „Kampagne“ ist französischen Ursprungs und wurde im 17. Jahrhundert in der Bedeutung von „Feldzug“ in die deutsche Sprache übernommen. Bei einer Schmutzkampagne wird mit unfairen Mitteln und einer bestimmten Zielsetzung gegen Personen, Gruppen oder Institutionen öffentlich agiert. Erreicht werden soll eine öffentliche Rufschädigung. In der Regel ist eine Unverhältnismäßigkeit der Argumente und angewandten Mittel auszumachen.

Die Autoren verurteilen die beabsichtigte Rufschädigung und den Ideologieverdacht entschieden. Betroffen sind neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IÖB in Oldenburg zahlreiche wissenschaftliche Kollegen im Bereich der ökonomischen Bildung (vgl. den Beitrag von Krafft), Wirtschaftslehrerinnen und -lehrer, Förderer aus Wirtschaft und Politik sowie Verbände, Stiftungen und andere Institutionen, die sich seit vielen Jahren mit hohem ideellen, zeitlichen und finanziellen Engagement unermüdlich dafür einsetzen, dass Kenntnisse über die wirtschaftlichen Zusammenhänge – anders als bisher – selbstverständlicher Teil der schulischen Bildung werden. Nicht zuletzt wird das Land Niedersachsen angegriffen, das das gemeinnützige An-Institut in Oldenburg seit Jahren im Bemühen um mehr ökonomische Bildung in Schule und Gesellschaft unterstützt.

Da sich das vorliegende Heft von *Unterricht Wirtschaft* schwerpunktmäßig mit den Lernpotenzialen von Praxiskontakten und den Bedingungen für gelungene Kooperationen von Schule und Wirtschaft auseinandersetzt, seien noch einige Anmerkungen dazu gestattet. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft gehört im Rahmen der Lernortdebatte und im Hinblick auf die Entwicklung einer neuen Lern- und Leistungsqualität für Schülerinnen und Schüler in den letzten 30 Jahren zu einem unverzichtbaren Bestandteil didaktischer Konzeptionen vieler Fächer. Die zuneh-

mend geübten und gegenseitig respektierten Formen der Zusammenarbeit dienen in den allermeisten Fällen eben nicht der gegenseitigen ideologischen Indienstnahme, sondern sind von der gegenseitigen Anerkennung der jeweiligen Zuständigkeiten geprägt. Wer in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit über Drittmittel mit Unternehmen, Organisationen und Institutionen generell unter Verdacht stellt, kennt die aktuelle Wissenschaftslandschaft nicht und unterliegt gleichzeitig der Fehleinschätzung, dass staatliche Drittmittel per se wertfrei und unbedenklich seien. Problematisch wird es dann, wenn bei Drittmittelprojekten den betreffenden Wissenschaftlern unterstellt wird, sie seien nicht in der Lage, gesellschaftlich verantwortlich mit dieser Situation umzugehen. Den Projektverantwortlichen in der ökonomischen Bildung bundesweit wird gleichermaßen unterstellt, sie wüssten nicht, was im pädagogischen Raum erlaubt sei und was nicht. Zur wissenschaftlichen Redlichkeit gehört – nach bestem Wissen und Gewissen – immer zu versuchen sich jeder versteckten Indoktrination zu verweigern. Dies ist eine ständige Herausforderung an jeden, wo immer er tätig ist. Sie gilt für alle Fächer und ist kein Proprium der politischen Bildung. Herr Hedtke vermisst eine „seriöse, wissenschaftliche“ Perspektive der „Kampagneure“. Und liefert selbst das anschaulichste Beispiel dafür, wie als Wissenschaft verbrämte Interessenpolitik aussehen kann und eine fachliche Auseinandersetzung unter keinen Umständen zu erfolgen hat.